

**An die
Mülheimer Medien**

21.01.2016

„Entenfang“: Verantwortungsloses Handeln von NRW-Städtebauminister Groschek

Heftige Kritik müssen sich die SPD-geführte Landesregierung und ihr Städtebauminister Michael Groschek (SPD) bei ihrem massiven Vorgehen gegen die „Entenfang“-Bewohner gefallen lassen, die mit ihrem Erlass vom Dezember 2015 trotz eines behutsamen Verhaltens der Mülheimer Bauverwaltung zusammen mit dem Rat der Stadt unnötig die Gefahr der Vertreibung dieser zum Teil seit Jahrzehnten dort wohnenden Entenfang-Campers herauf beschwört. „Mit dieser Lex Muelheim hat NRW-Minister

Groschek unter dem Vorwand, in die planungsrechtliche Neuregelung für die Entenfang-Campersiedlung eingreifen zu müssen, verantwortungslos gehandelt. Es ist NRW-weit ein einmaliger Vorgang, in keiner anderen vergleichbaren Kommune geht man so mit Campingplatz-Bewohnern um“, erklären die planungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Christina Kaldenhoff, und CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels.



„Mit diesem Dezember-Erlass des NRW-Städtebauministers Groschek ist nicht nur ein rücksichtsloses und rigoroses Vorgehen für eine Bleibe und Duldung hunderter Entenfang-Bewohner, sondern auch ein gravierender Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dokumentiert“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Michels.

Christina Kaldenhoff stellte nach einer zum Teil missverständlichen Medienberichterstattung klar, dass zur „friedlichen“ Lösung für die „Entenfang-Siedlung“ eine Fortführung des laufenden Bebauungsplanverfahrens „Entenfang Süd- K13“ und der Satzungsbeschluss unabdingbar sind, um das Gebiet planungsrechtlich und städtebaulich zu strukturieren, da eine Steuerungsfähigkeit des alten, bestehende Bebauungsplans grade nicht gegeben ist.

Die Ankündigung des Planungsdezernats, als nächsten Schritt hierzu im Februar d.J. eine Bürgerversammlung durchzuführen, wird daher sehr begrüßt.

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer
-Fraktionsgeschäftsführer-